



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

: Politische Briefe. XII. : Die Reichstagsparteien und die Finanzaölle.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

am 15. Juli 1870 von Paris abging, und daß am folgenden Tage die Ordre zur Mobilisirung der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Armeen von Berlin versandt wurde. Vierzehn Tage nachher standen zwischen drei- und viermalhunderttausend deutsche Krieger an der Grenze des Elsaß, und am 4. August wurde von der Vorhut des Heeres des Kronprinzen die Schlacht bei Weißenburg geschlagen und gewonnen. Dies war eine Leistung auf dem Gebiete der Mobilisirung und Beförderung, die bis dahin der militärischen Erfahrung noch nicht vorgekommen war, und die bei jedem Berufssoldaten in Europa Staunen und Bewunderung erweckte. Wenige Offiziere außerhalb des geschlossenen Kreises des preussischen Generalstabes glaubten, daß sie in einem zukünftigen Kriege noch überboten werden könne. Trotdem theilt man uns mit, daß die jetzt beinahe vollendeten Einrichtungen das deutsche Kriegsministerium in den Stand setzen werden, eine Streitmacht von mehr als einer halben Million wohlgeübter und disziplinirter Soldaten binnen zehn Tagen nach Erlaß des Mobilisirungs-Befehls zu mobilisiren und an die östliche oder westliche Grenze zu versetzen.

Es ist ein Glück für seine nächsten Nachbarn, daß Deutschland so friedfertig gestimmt ist, wie wir im jetzigen Augenblick anzunehmen alle Ursache haben“ — und wie man, fügen wir hinzu, immer wird annehmen dürfen, so lange jene Nachbarn ebenso friedfertig denken und dies in ihrem Verhalten erkennen lassen.

Politische Briefe.

XII.

Die Reichstagsparteien und die Finanzzölle.

Während dem neuen Zolltarif in seinen schutzöllnerischen Theilen die Annahme durch die Reichstagsmehrheit gesichert ist, erscheint die Annahme der Finanzzölle zur Zeit noch fraglich. Und doch weiß Federmann, daß der Zweck, dem Reiche eigene Einnahmen mindestens bis zum Betrage der Matrikularbeiträge, wenn jedoch möglich, weit über diesen Betrag hinaus zu verschaffen, den Anstoß zur Zollreform gegeben hat. Schutzzölle allein ohne Finanzzölle würde die Reichsregierung nie gefordert haben, denn neben dem Anspruch der Klassen, welchen die Schutzzölle zu gute kommen sollen, steht der noch weit höher berechnete Anspruch derjenigen Klassen, welche einer gerechteren Vertheilung

der Steuerlast bedürfen. Es ist also gar keine Rede davon, daß Schutzzölle ohne Finanzzölle, möchte der Reichstag immerhin so beschließen, zur Einführung gelangen, weil der Bundesrath einem in dieser Weise einseitig gestalteten Tarif die Zustimmung nicht geben würde. Wir stehen also vor der Frage, ob durch die Finanzzölle die ganze Zollreform scheitern wird. Wie vor jeder Entscheidung zwei Sorten von Pessimisten auftreten, die eine Sorte: die deprimirten Sanguiniker, die andere Sorte: die Schlaufköpfe, welche als erste Bedingung zum Sturz eines Planes die Erschütterung der Zuversicht auf denselben versuchen, so auch diesmal. Die Schwachmüthigen und die Minirer prophezeien den Fall der Finanzzölle aus folgenden Gründen. Einmal weisen sie auf die Zurückhaltung des Zentrums, welches um so spröder thut, je mehr die Aussichten auf einen raschen kirchlichen Frieden zurückzuweichen scheinen. Die Taktik der Zentrumsführer war immer, die Finanzzölle als offene Frage zu behandeln, die Bewilligung abhängig zu machen von allen möglichen Garantien. Von dieser gut gewählten Position aus kann man die Konsequenz wahren und zugleich eine drohende Miene annehmen. Es gibt in der That Leute, die vor dieser drohenden Miene sehr erschrecken. Die Pessimisten können aber auch auf die neuere Haltung der Nationalliberalen hinweisen. Dieser Partei, welche nach der entgegengesetzten Haltung ihrer Führer bei der Generaldiskussion des Zolltarifs nicht weiß, wie weit sie morgen ihren Bestand erhalten, ihr nationales Programm bewahrt und ihren so bedeutenden Anhang in der Nation noch um sich geschaart sehen wird, fehlt im Augenblick jede Direction. Während die National-Zeitung kürzlich zum Erstaunen vieler erklärte, sich die föderativen Garantien des Zentrums sehr genau ansehen zu müssen, hatte dasselbe Blatt nicht lange vorher mit starker Bestimmtheit die konstitutionellen Garantien unter seine Obhut genommen. Als ob diese beiden Arten von Garantien so sehr weit auseinander wären, als ob das Zentrum auf seinem Preisfourant neben den föderativen nicht von Anfang auch die konstitutionellen Garantien geführt hätte!

Die natürliche Rolle der Nationalliberalen wäre allerdings, für die Finanzzölle mit Entschiedenheit einzutreten unter dem einzigen Vorbehalt, daß das vom preußischen Finanzminister dem Abgeordnetenhaufe gegebene Versprechen erneut wird, eine Gesetzesvorlage zu machen, wonach alle den Einzelstaaten aus der Reichskasse zufließenden Einnahmen in erster Linie zur Beseitigung von direkten Steuern verwendet werden müssen, jede andere Verwendung aber als von der besonderen Zustimmung der Landtage abhängige Ausnahme gilt.

Dies wäre die natürliche Rolle der Nationalliberalen, denn das Lebensmotiv der Partei ist die Pflege des Reichsgedankens und zwar nach der Seite der zentralen Institutionen und ihrer Kraft. Denjenigen unter ihren Genossen,

welche grundsätzlich Freihändler sind, könnte die nationalliberale Partei freistellen, um der Schutzzölle willen gegen den Tarif im Ganzen zu stimmen; dieser selbst wäre dann gleichwohl gesichert.

Allein es scheint, als ob die Nationalliberalen nicht gewillt oder höchst unentschlossen sind, diese einfache Rolle, die ihnen ihre ganze Vergangenheit vorschreibt, zu ergreifen. Es hat sich eines Theils der Partei eine habituelle Schmollsucht bemächtigt. Man will sich gekränkt, zurückgesetzt, verlassen fühlen, und doch wäre man in Verlegenheit, zu sagen, wodurch denn die Partei in ihren politischen Gedanken verletzt worden. Nur durch diese Verletzung dürfte sich eine patriotische Partei gekränkt fühlen. Aber die Frage der Tarifpolitik ist in der Partei immer für eine offene erklärt worden. Noch vor kurzem warnte die National-Zeitung in einem nicht unwahrscheinlich aus Lasker's Feder geflossenen Artikel eindringlich davor, die Partei an einen wirthschaftlichen Standpunkt zu binden. Lasker selbst ist bekanntlich in der Zollpolitik Opportunist. Dagegen scheint er in der Partei an der Spitze der Schmollfüchtigen zu stehen. Aber weil ein, wenn auch einflußreiches Parteimitglied parlamentarische Konflikte mit dem Reichskanzler gehabt hat, deren schuldiger Theil jetzt nicht ermittelt werden soll, deswegen darf die Partei doch nicht einem Akt nationaler Reform entgegentreten, gegen den sie sonst keine stichhaltigen Gründe hat, der vielmehr ihrem Lebensmotiv und ihrer Vergangenheit vollständig entspricht.

Allerdings würde bei einer solchen Haltung der Nationalliberalen der Kanzler den Tarif bekommen, wie er ihn will: nämlich die Finanzzölle durch die Nationalliberalen und Konservativen, die Schutzzölle durch das Zentrum und die Konservativen, das Ganze durch einen Theil des Zentrums, einen Theil der Nationalliberalen und die Konservativen. Gegen diese Eventualität verwahrt sich nun die National-Zeitung mit dem Ausspruch, man wolle sich nicht gebrauchen lassen zu einer Politik, welche das Ganze erreicht, indem sie für die Stücke verschiedene Majoritäten gewinnt. Man will also den Theil, den Haupttheil eines politischen Planes verwerfen, den Theil, welcher dem eigenen politischen Gedanken entspricht, weil man den Kanzler nicht zwingen kann, das Ganze nach den Wünschen der Nationalliberalen einzurichten, wobei das Schönste ist, daß man einen eigenen Plan der ganzen Finanzreform nicht besitzt oder keinesfalls, wenn er in einem Kopfe der Partei existiren sollte, über denselben in der Partei einig ist. Denn ein auf die Beibehaltung und Ausbildung der Freihandelspolitik gebauter Finanzplan würde nicht einmal den größeren Theil der Nationalliberalen für sich haben.

Eine Opposition, wie die von der National-Zeitung, an der man freilich jetzt eine vollkommene Direktionslosigkeit beobachten kann, durch den erwähnten

Artikel in Aussicht genommene, kann selbstmörderisch werden. Denn wir glauben noch nicht an die nachhaltige Opposition des Zentrums gegen die Finanzzölle und namentlich nicht an die Gefährlichkeit der Garantieforderungen, an welchen die Partei schließlich festhalten wird. Daß die nationalliberale Partei dahin kommen sollte, der Hauptfortbildung des Reiches seit seiner Schaffung entgegengetreten zu sein, so daß der Sieg dieses Fortschrittes dem Zentrum zu danken wäre, dies mögen wir noch nicht glauben. Schwerlich dürfte die Partei diese verblendete Wendung gegen ihren Ursprung jemals verwinden. Die Pflege und Fortbildung des nationalen Gedankens müßte nach diesem Akt politischer Unbesonnenheit auf andere Männer übergehen, die Führer mindestens, welche diesen Akt zu verantworten hätten, könnten niemals mehr die Ehre verdienen, als Vorkämpfer des nationalen Gedankens die Leitung in diesem Kampfe beanspruchen zu dürfen.



Literatur.

Fürst Bismarck und unsere Zeit. Von Dr. Hermann Klee. Berlin, Carl Dunder's Verlag, 1879.

Der Verfasser dieser Schrift will uns keine Biographie des Reichskanzlers geben, sondern „ein richtiges Verständniß für unsere Zeit, für das Wirken des Fürsten Bismarck in ihr und für die Prinzipien, die er wieder zu Ehren gebracht, verbreiten“, „unter möglichster Abstrahirung von konkreten Daten aus der Geschichte den geistigen Kern heraus Schälen“. Nach einem Rückblicke auf das Zeitalter der Revolution versucht er, ein Charakterbild des Fürsten zu entwerfen, der ihm der „echte Repräsentant einer soldatischen, königstreuen und glaubensstarken Gesinnung“ und ein mannhafter Kämpfer gegen die den Staat bedrohenden revolutionären Tendenzen der Gegenwart ist. Dann wendet er sich zu der auswärtigen Politik Bismarck's, die er zunächst als preussische, dann als deutsche, zuletzt als großmächtige auftreten läßt. Eingehender beschäftigt sich die Schrift hierauf mit der vielfach mißverstandenen, aber auch von ihr nicht ganz richtig charakterisirten inneren Politik des Reichskanzlers. Manches, was der Verfasser hier bemerkt, können wir unterschreiben, namentlich alles, was er über die Fortschrittspartei sagt, desgleichen das, was er über die Stellung des Fürsten zu den wirtschaftlichen Fragen urtheilt, indem er ihm das Bestreben zuschreibt, „die Industrie und die Finanzen des Reiches auf die Höhe einer auch national-ökonomisch großen Macht zu bringen, dem jungen deutschen Reich mehr inneres Leben und Blut zuzuführen und zu bewirken,